

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterdiast in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 10 Mk.

Er erscheint jeden Mittwoch Redaktionsfrist Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro lediggeplante Nonpareillezeile 3 Mk., für Zeilenstellen 1 Mk.

Unser Ziel!

Nach dem Bericht über die Mitgliederbewegung im Monat März verfügte der Zentralverband über einen Bestand von 5028 Mitgliedern. Seit Jahresanfang ist somit eine Zunahme von 4448 Mitgliedern eingetreten, gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre jedoch eine solche von 19 105. Bei der gleichen Entwicklung im Zentralverbande würden, vorausgesetzt, daß keine wirtschaftlichen Rückschläge eintreten, zum Jahreschlusse 100 000 Mitglieder erreicht werden.

Wie aus dem Jahresbericht ersichtlich war, hat die Zunahme der weiblichen Mitglieder weit die der männlichen überholt. Auch im I. Quartal ist dieses Verhältnis geblieben; von der Gesamtzunahme entfallen auf die weiblichen Mitglieder 1789. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt nunmehr 42 157 gegenüber 42 868 männlichen. Voraussichtlich wird durch die in diesem Jahre noch erfolgende starke Zunahme neuer Betriebe in der Kakaos- und Schokoladenindustrie die Zahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder weit überholen.

Es besteht also die Möglichkeit, in diesem Jahre noch mit über 100 000 Mitgliedern in die Stellung der gewerkschaftlichen Großmächte aufzurücken. Bei einer planmäßigen Agitation in den Verbandsbezirken kann der Erfolg schon früher gesichert werden.

Im Bäckergewerbe sind noch lange nicht alle Gebiete organisiert. Wohl ist in den Groß- und Mittelstädten wie auch in einigen Kleinstädten das Organisationsverhältnis gut zu nennen und der weitaus größte Prozentsatz der Kollegenschaft gehört unserem Zentralverbande an. Weniger befriedigend dagegen sieht es in den kleineren Orten aus, wo größtenteils jüngere Kollegen beschäftigt werden, die noch leicht den gewerkschaftsfeindlichen Einflüsterungen der Unternehmer und ihrer gelben Trabanten zugänglich sind. Hier muß in der allerersten Zeit nachgeholfen werden, wenn wir nach Eintreten normaler Verhältnisse und der Freizügigkeit den Zustrom dieser jungen Kollegen aus den ländlichen Gebieten nach den Großstädten verhindern und so die Gefahr beiseite wahren, die durch eine große Arbeitslosigkeit unsern Tarifverträgen droht. Noch immer hat große Arbeitslosigkeit lohnbrüchig gewirkt und den Unternehmern die Durchbrechung der Vertragsbestimmungen erleichtert.

Auch bei den Lehrlingen kann unser Organisationsverhältnis noch lange nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden. Was bedeuten die paar tausend organisierten Lehrlinge gegenüber der Gesamtzahl der im Verufe Beschäftigten? Hier kann bei einigem guten Willen unserer Gehilfenmitglieder fruchtbringende Arbeit in den Betrieben selbst geleistet werden, und viele rührige Kollegen werden Großes schaffen.

In den Konditoreien ist das Prozentverhältnis der Verbandsmitglieder gut. In allen nennenswerten Orten gehören die Gehilfen zu unserer Organisation. Dort, wo sie noch furchtbar unsern Bestrebungen gegenübersehen, wird planmäßige Aufklärungsarbeit unserer Vertrauensleute schöne Erfolge aufweisen können. Die Vorkosterklärung des selben Magdeburger Verbandes ist der beste Beweis, daß die Kollegen den Gedanken der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation erfasst haben.

Die Belegschaft in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie zählt mit wenigen Ausnahmen zu unserer Organisation. Und dennoch sind noch lange nicht alle Betriebe erfasst. Berufsfremde Organisationen haben da und dort noch die Beschäftigten als Mitglieder in ihren Reihen. Besonders trifft das auf Betriebe zu, die erst in jüngster Zeit in kleinen Orten neuerrunden sind. In allen Bezirken werden solche „versteckten“ kleineren Betriebe in mehr oder minder großer Anzahl vorhanden sein, wo sehr leicht die Belegschaft zum Uebertritt in die für sie zuständige gewerkschaftliche Orga-

nisation überzeugt werden könnte. Solange dort unser Zentralverband nicht den Einfluß hat, werden die Arbeiter und Arbeiterinnen um die ihnen laut Reichstaxi zustehenden Vergünstigungen geprellt. Die berufsfremden Organisationen können, weil sie nicht Vertragskontrahent sind, auch nicht für die berechtigten Wünsche dieser Arbeiter eintreten.

In der Marmelade- und Kunstbäckereiindustrie, in der ebenfalls für die Beschäftigten tarifliche Bestimmungen bestehen, liegt noch recht viel im argen und recht häufig wird uns, leider viel zu spät, über die Nichterhaltung der tariflichen Abmachungen in den Betrieben berichtet.

Hier muß überall nach dem Rechten gesehen werden. Wie liegt es aber in Wirklichkeit? Unsere Verbandsfunktionäre, die Bezirksleiter und Lokalangestellten, sind heute mit Lohnbewegungen und Vertretungen der Mitglieder vor den Schlichtungsausschüssen so stark mit Arbeiten überhäuft, daß ihnen unmöglich noch weitere Lasten aufgebürdet werden können. Die Tätigkeit der Verbandsangestellten hat sich durch die Ausdehnung unseres Tarifwesens gegen frühere Jahre vollständig verschoben. Damals hatten wir langfristige Lohnabmachungen, und in der Zwischenzeit wurde das Hauptgewicht auf die Gewinnung neuer Mitglieder gerichtet. Der Bezirksleiter ordnete allgemeine Agitationen an und traf mit den Zahlstellenleitungen und Vertrauensleuten die hierzu notwendigen Vorarbeiten. Heute kann der Bezirksleiter an solche Aufgaben infolge anderweitiger Arbeiten nicht mehr herantreten. Die Gewinnung von Mitgliedern vollzieht sich in Versammlungen und in den Betrieben. Eine planmäßige Agitation ist nicht mehr möglich. Die Zahlstellen sind daher vor neue Aufgaben gestellt und müssen nunmehr selbständig allgemeine Agitationen in den ihnen zustehenden Gebieten betreiben. Diese Arbeiten müssen aber sofort in Angriff genommen werden. Man soll nicht bei Selbstverständlichkeiten den Bezirksleiter belasten, sondern selbstständig handeln. Niemand wird deshalb den rührigen Zahlstellenleitungen Vorwürfe machen, wenn sie aus eigener Initiative an die Agitation herantreten und versuchen, in allen uns zustehenden Betrieben die Belegschaften für unsere Organisation zu gewinnen.

Gelingt es in allen Verbandsbezirken, nur wenige hundert neuer Mitglieder in den nächsten Monaten zu gewinnen, dann erreichen wir spielend unser Ziel: 100 000 Mitglieder. Was wir von den Mitgliedern verlangen, ist daher nichts Unmögliches. Natürlich ist auch Voraussetzung, daß alle befähigten Mitglieder Hand ans Werk legen und alle auch mitarbeiten. Von den Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern erwarten wir diese Voraussetzung als selbstverständlich.

Warum soll es dann nicht möglich sein, wenn viele Hände sich rühren und bemühen, unsere gewerkschaftliche Macht zu erweitern, unser erstrebtes Ziel zu erreichen? Darum arbeite ein jeder mit! Keiner bleibe fern, wenn Euch die Zahlstellenleitung rufft für die Ausbreitung unserer Ideen und für die Gewinnung tausender neuer Mitglieder!

Siebzehnte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zu Beginn der am 2. und 3. Mai abgehaltenen Tagung erbat der Bundesvorsitzende Leipart zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Otto Gud.

Sodann beschäftigte der Ausschuss sich mit dem Kampfe der Metallarbeiter in Süddeutschland. Den hierzu gefassten Beschluß haben wir unter Bekanntmachungen des Vorstandes veröffentlicht.

In der vorigen Tagung wurde der vorgelegte Entwurf über gemeinsame Regelung für die Führung und Unterhaltung von Streiks zur Ansprache an die Kommission zurückverwiesen. Der nunmehr in verschiedenen Punkten abgeänderte Entwurf hatte eine längere Auseinandersetzung zur Folge. Er wurde jedoch mit einigen Änderungen ange-

nommen und soll nunmehr dem Gewerkschaftskongress vorgelegt werden.

Ueber den vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Entwurf zu einem Arbeitsgerichtsgesetz wurde nach einem Referat vom Genossen Hermann Müller, der scharf gegen den Entwurf Stellung nahm, folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Zur Begründung dieser Umstellung wird angeführt, daß damit eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäfts- und Prozeßleitung gesichert werde, daß auch die Eingliederung der neuen Arbeitsgerichte auf die ordentlichen Gerichte und ihre Rechtsprechung in sozialer Hinsicht einen überaus reichen und lebendigen Einfluß ausüben und sie mit Verstandnis für soziale Fragen erfüllen werde. Auch finanzielle Gründe werden geltend gemacht.“

Der Ausschuss stellt demgegenüber fest, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich im allgemeinen das volle Vertrauen aller beteiligten Kreise erworben haben. Er stellt weiter fest, daß eine Reform der ordentlichen Gerichte allerdings dringend geboten ist, legt aber entschieden Verwahrung dagegen ein, daß diese Reform mit der Auslieferung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte begonnen werden soll.

Auch den Grund, daß durch die notwendige Verallgemeinerung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unerschwingliche Kosten entstehen würden, kann der Gewerkschaftsausschuss nicht gelten lassen. Schlichtungsordnung, Tarifgesetz und Arbeitsnachweisgesetz sehen ein solches Netz von Sozialbehörden vor. Mit diesen lassen sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ohne erhebliche Kosten verbinden.

Für unannehmbar erklärt der Ausschuss auch die geplante Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten.

Der vom Arbeitsministerium vorgelegte Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes findet nicht die Zustimmung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Entwurf will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beibehalten und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegliedert sind.“

Genosse Leipart berichtete kurz über den Internationalen Gewerkschaftskongress. Der Bericht wurde von Genossin Hanna hinsichtlich der Verhandlungen über die Beziehungen zum Internationalen Arbeiterinnen- und vom Genossen Pauersen (Buchbinder und Papierverarbeiter) über die Verhandlungen der internationalen Berufssekretäre ergänzt.

Geschleerte Lohnverhandlungen in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie.

Am 6. und 7. Mai fanden in Würzburg Verhandlungen des Zentralausschusses der Arbeitsgemeinschaft in oben genannter Industrie statt, die sich mit einigen nachträglichen Änderungen der Ortszulage und vor allem mit der Lohnforderungen der Arbeiterschaft befaßten. Der höchste Stundenlohn eines Facharbeiters betrug einschließlich des höchsten Ortszulages (mit Ausnahme des besetzten Rheinlandes, wo noch eine kleine Sonderzulage für einige Industriezweige gewährt wird) bekanntlich rund 17 M., und auch dieses erst seit vier Wochen; die große Masse der Hilfsarbeiter und vor allen der Arbeiterinnen wurde je nach der Lohn- und Ortsklasse noch viel minimaler entlohnt. Gefordert hatten wir diesmal auf den Grundlohn Zulagen von 5 M. bis herunter von 2,50 M., so daß alle das weiteste Entgegenkommen von vornherein gezeigt worden war. Die Unternehmer boten in Würzburg für Lohngruppe 1 zuerst Zulagen an von 2 M. bis herunter von 20 Pf. Lohngruppe 2 sollte natürlich stets noch 10 % weniger erhalten. Die Vertreter der Arbeiterschaft mußten jede ernste Verhandlung über ein solches Angebot ablehnen. Dann erhöhten die Herren das Angebot im Spitzenlohn auf 2,40 M. und zuletzt auf 3 M., blieben aber bei den Hilfsarbeitern in großen Abstände darunter und belächelten es für die Arbeiterinnen überhaupt bei dem ersten Angebot. Es war ausgeschlossen, daß angesichts eines solchen Verhaltens der Unternehmer etwa durch Kommissionsberatungen ein den Verhältnissen entsprechendes Verhandlungsergebnis hätte erzielt werden können. Die Verhandlungen verliefen also ergebnislos. Die Arbeitgeber erklärten schließlich, man werde den Vorschlag empfehlen, noch unserer Ablehnung die angebotenen Zulagen ab 16. Mai zu zahlen. Unsere Arbeiterschaft hat nun selbst zu entscheiden, ob sie mit dem Gebotenen zufrieden ist, oder ob sie es in gleicher Weise ablehnt, wie ihre Vertreter in Würzburg.

Internationaler Gewerkschaftskongress in Rom.

Von Tony Sender, Frankfurt a. M. (Schluß)

Jouhaug, Frankreich, referierte über den Wiederaufbau Europas. Das Elend hat heute in gleicher Weise die Arbeitenden in besiegten wie Siegerstaaten erfasst, ja die Arbeitslosigkeit ist sogar teilweise in den Siegerstaaten noch größer, weil der tiefe Kalutastand der besiegten Staaten zusammen mit der gesunkenen Kaufkraft den Export unmöglich macht. Diese Lage wurde besonders dadurch herbeigeführt, daß der wirtschaftliche Nationalismus immer noch Grundlag der Regierenden ist und alle Länder an den Abgrund geführt hat. In Genua finde sich alles zusammen, was das Finanzkapital an großen Repräsentanten hat, es muß daher darauf geachtet werden, daß Genua nicht zum Ausgangspunkt einer noch härteren Hegemonie des Finanzkapitals wird. Wie früher die Frage der Kohle die Politik der Regierenden bestimmte, so droht es heute die Frage des Petroleums zu werden und aus diesem Konkurrenzkampf ein neuer Weltbrand zu entstehen. Alle nationalen und Sonderinteressen haben gegenüber dem Allgemeininteresse aller Völker zurückzutreten, der Friede der Welt muß auf der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Völker begründet sein. Es darf nicht mehr geschehen, daß einzelne Völker im Überflusse ertrinken, während andere am Mangel zugrunde gehen. Jouhaug fordert eine vollständige Revision der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Verhandlungen und Verträge dürften künftig nicht mehr hinter den Kulissen getätigt werden, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter aller Länder. Die Völker müssen in Zukunft ihre Diktatur ausüben im Namen des Allgemeininteresses und im Gegensatz zur herrschenden Diktatur der kleinen Gruppe des Finanzkapitals.

Als erster Diskussionsredner erklärt Leipart, Deutschland, sein volles Einverständnis mit des Redners Ausführungen. Die von der Entente betriebene Politik der Rache und des Hasses treffe nicht nur die deutschen, sondern die Arbeiter aller Länder. Der zum Teil auch in ausländischen Proletariat verbreitete Glaube, daß in Deutschland im Gegensatz zu den in den andern Ländern herrschenden Arbeitslosigkeit Diktatur bestünde, sei falsch. Nur eine ganz kleine Oberschicht könne in Luxus leben, die deutschen Arbeiter aber seien absolut verelendet. Auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sei eine beschränkte, zum Kohlenmangel treibe die Schwermindustrie der Beschaffung ausländischer Rohstoffe zu hohen Preisen, die mit deutschem Export bezahlt werden müsse, die deutsche Handelsbilanz aber weise eine starke Passivität auf.

Er verlangt, daß durch das Bemelmans-Abkommen die Mithierung der deutschen Arbeiter bei der Sachlieferung ausgeschlossen sei sowie die Vergütung der deutschen Zahlungen für die Reparationskommissionen und das Besatzungsheer, während die Geschädigten immer noch warten müssen.

Turner, England, führt aus, daß der Krieg die Periode des kapitalistischen Systems beendet habe, darum müsse der Weg des Wiederaufbaus nach unsern Grundgesetzen gehen. Indessen sei ohne Amerika kein durchgreifendes Resultat möglich. Der Kongress müsse beweisen, daß auch die Anwesenheit jeden nationalisierten und alten Krieges geist verleihe haben. Solange Rußland und Deutschland außerhalb der europäischen Wirtschaft gestellt sind, sei es unmöglich, die Weltwirtschaft zu heilen.

Wachsm Buozzi, Italien, ein Bild der besonders schwierigen Lage des wohlhabenden Italien entwerfend, dabei die Unfähigkeit der kapitalistischen Regierung betonend, eine gerechte Lösung zu finden und Madson, Dänemark, die zum Teil durch die Reparationspolitik verursachte ungeheure Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern geschildert, gelangt eine Resolution zur Annahme, die zur Behebung der Krise die internationale Aktion aller Nationen, Annäherung aller Klassen, eine internationale Anleihe, eine Revision der Reparationsbestimmungen auf der Grundlage ihrer internationalen Regelung unter Berufung auf die Summen für Reparationen, wirtschaftliche Beziehung und Sanktionen, internationale Beilegung der Handels- und Handelsregelung, Beilegung der Schiedsgerichtsbarkeit, die Schaffung Europas fordert und den wirtschaftlichen Imperialismus den Kampf ansetzt.

Zu Punkt 3 hat das Bureau den Anknüpfung des in Belgien reaktive Gatt anlässlich der Konferenzen des internationalen Arbeitsamts gebildeten Arbeiterinnenbundes an den IGB vorgeschlagen. Dagegen wendet sich Gerold Gaura, Deutschland, weil dadurch die weiblichen Mitglieder unserer gewerkschaftlichen Organisationen ausgeschlossen einer internationalen Frauenorganisation angefügt werden. Außerdem wisse man gar nicht, auf welchem Boden ein Teil der französischen Frauenorganisationen stehen, die teilweise ihren Landesverbänden nicht angegeschlossen seien.

Zu Punkt 4 von Westens, Belgien über die internationale Reaktion unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtstundentag, bezieht sich Westens die Reaktion als eine Folge des Niederganges der Arbeiterklasse, darum könne die von dem Bureau vorgelegte Resolution nur dem Augenblicke dienen, während es den Kampf zu überlassen sei, zu gehen und sich alle nötigen Maßnahmen zu treffen, die heute noch nicht als Folge gezeigt werden können.

Als nach Ergründung der Arbeiter von den Regierungen gemacht werden heute nicht nur sabotiert, sondern das Sozial verachtet auch, durch Not und Arbeitslosigkeit die Arbeiter sich wieder gezwungen zu machen. Auf diese Weise der Unternehmer sei teilweise auch die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. So haben die Unternehmerorganisationen für Sozial! Kampf bei für Sozialistische eine Forderung der Reaktion ergründet, obwohl an beiden Kampf Front und die Produktion von Sozial! Kampf ist auf 30%, die von Sozial! Kampf auf 42% der normalen Produktion.

Von der französischen Revolution des Achtstundentages in man in einigen Ländern noch nicht entfernt, ja in einigen Ländern erregt es sich, daß gegen den Arbeiter bereits eingeleitet wird, um den Moment, da er gezwungen ist, der gezwungenen Arbeiter beginnt. Und gerade diejenigen Regierungen, die am letzten Tage die große Anwendung des Sozial! Kampfes verlangen, so lange es sich um Reparationsfragen handelt, wollen am

Franz Schneider †

Einer anderer Alten hat die Augen für immer geschlossen. Im sechzigsten Lebensjahre, nach langem Siechtum, das ihn schon der Vergessenheit weiter Kreise der deutschen Kollegen überantwortete, hat Franz Schneider seine arbeitsreiche Lebensbahn abgeschlossen. In einem kleinen oberbayerischen Dorfe aus proletarischer Familie stammend, wurde er von Agenten der Lehrlingszucht nach Berlin geholt, wo er die Baderlei erlernte und bis zu seinem Tode verblieb.

Seit 1895 gehörte er der Organisation an, wo er bald im damaligen Fachverein in Führerstellung aufrückte. Bei der Verschmelzung des Fachvereins zum Verbands 1901 hat er tatkräftig mitgewirkt und übernahm im geintem Verbands bald den Vorsitz der Berliner Zahlstelle, den er mit kurzen Unterbrechungen bis nach Beendigung des Krieges innehatte.

Die Entbehrungen des Weltkrieges konnte der von gleichbedeutender Krankheit schon gemürbte Körper nicht mehr aushalten. Der unausbleibliche Nervenzusammenbruch hatte die unermüdete Arbeitskraft gänzlich vernichtet, und der im Dienste der Arbeiterbewegung verbrauchte Mann mußte in den letzten Jahren von seiner bescheidenen Pension leben. Was Franz Schneider der Bäderbewegung war, was er an seinem Teile in den großen Kämpfen von 1904 (in welchem Jahre er Angestellter wurde), 1907 und 1911 geleistet hat, das wissen alle älteren Mitglieder. Er war einer von denen, die die Bäderbewegung aus jammervollen Verhältnissen in idealer und selbstloser Aufopferung zur derzeitigen Höhe emporgehoben hat. Der Name Franz Schneider ist mit der Geschichte der Berliner und deutschen Bäder- und Konditorenbewegung fest verwachsen.

Unser Verband wird ihm als alten Pionier, Kämpfer und Wegbereiter ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.



wenigsten wissen von der Durchführung des die Arbeiterrechte regelnden Artikels 13 des Vertrages!

Demgegenüber sei notwendig die größte Einheit der internationalen Arbeiterbewegung, darum müßten die dem Bunde noch nicht angegeschlossenen amerikanischen und russischen Arbeiter gewonnen werden. Wenn diesen der Charakter und die Aktion des IGB zur Kenntnis gebracht würde, so würden diese schon auf den Anknüpfung drängen.

In der Diskussion bemängelt zunächst Dumoulin Frankreich, daß man zuviel Vorsicht habe walten lassen. Die Resolution sei ungenügend, weil sie nur allgemeine Formeln enthält. Dumoulin erblickt die Hebung der Reaktion hauptsächlich in der Verstärkung der Machtpolle der Autorität. Jetzt ereigne es sich, daß sich die Regierungen, von den monarchistischen und sogenannten demokratischen bis zu der proletarischen Diktatur in Genua die Hände reichten!

Die Delegierten dürften sich nicht fühlen als Vertreter verschiedener Nationen, sondern haben alle Fragen als internationaler Kongress zu behandeln. Darum müßten alle bereit sein, sich auch gegen ihre eigene Regierung zu wenden. Diese Bemerkung gestörte er sich besonders an die deutsche Delegation zu richten. Sonderverträge zwischen einzelnen Nationen seien geeignet, die Reaktion in andern Ländern zu stärken. Der nationale Bloß im französischen Parlament sei nichts anderes als der Ausbruch schamloser Reaktion, die nicht gesamt werden dürfe.

Smilie, England, ist ebenfalls erkrankt über die milde Fassung der Resolution. Er wünscht insbesondere Streichung der letzten Paragraphen, belegend, daß der Kampf allein durch die gewerkschaftlichen Organisationen zu gutem Ende geführt werden könne; denn mit der Gewerkschaftsmasse die politische Bewegung Hand in Hand gehen. Ebenso glaube er nicht an die Fiktion der Sicherung eines dauernden Friedens, diesen könne es nicht geben, solange der Kapitalismus existiert, sondern erst dann, wenn die Arbeiter die politische Macht erobert haben.

Klein, Tschekoslowakei, und Rothenstein, Ungarn, schießern die Verhältnisse in ihren Ländern. Ebenso Karczy, Bulgarien, Galli, Italien, zeigt, daß die Reaktion in Italien in den schärfsten Formen vorgehe und zum direkten Bürgerkrieg geworden sei. In einer kurzen Erwiderung erklärt Kertens, daß die vorgelegte Resolution nur als Unterlage zur Debatte der auch vom Bureau gewünschten Kommissionsberatung dienen sollte und darum mit Absicht allgemein gehalten war. Den Abänderungsanträgen Smilies stimmte er zu.

Inzwischen ist Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt angekommen und als ihm der Vorliegende das Wort erteilt, erhebt sich der französische Delegierte Bourderon, um dagegen Protest zu erheben, daß Thomas das Wort erhält, da er sonst den Kongress verlässe, was er auch tut, nachdem Thomas seine Ansprache beendigt.

Thomas schildert die Beziehungen zwischen Arbeitsamt und IGB, die solche vollständiger Unabhängigkeit des einen dem andern seien. Indessen habe das Arbeitsamt nur diejenige Macht, über die die Arbeiterorganisationen in den einzelnen Ländern verfügen. Er skizziert kurz die Aufgaben des Arbeitsamts und erklärt, wenn etwa die Reaktion weiter erdaran und sich loszagen würde von der im Friedensvertrag beschlossenen Arbeiter-Charte, dann müßte die Arbeiterklasse den Regierenden zurufen, daß dies Letzte seien, für die sie ihr Wort verpfänden.

Fimmen referierte über Abrüstung und Kampf gegen den Krieg und wies auf das bisher von der Gewerkschaftsinternationale gegen den Krieg Unternommene hin, das beweise, daß es nicht bei Worten sein Bewenden haben solle. Der IGB habe sich in den letzten Jahren als einzige revolutionäre Macht erwiesen, die wirklich in Wort und Tat Militarismus und Krieg bekämpfte. Das sei insbesondere geschehen auf der im November vorigen Jahres in Amsterdam stattgefundenen Konferenz der Transport-, Metall- und Bergarbeiter, die ein provisorisches Komitee, bestehend aus Vertretern des Bundesvorstandes und der internationalen Berufsvereinigungen zur Vorbereitung von Vorstößen für den jetzigen internationalen Gewerkschaftskongress eingesetzt habe. Das Komitee dessen Arbeit liegt in Form einer Resolution und 2 Manifesten, wovon eines an die Arbeiter aller Länder, das andere speziell an die Frauen gerichtet ist, vor. In Hand eingehender Zahlenmaterials schildert Fimmen die ungeheuren Opfer des Krieges. Aber trotz dieser Erfahrung ist

die Menschheit wieder von der Gefahr eines neuen Krieges bedroht. In Amerika ist ein neues Gift entdeckt, das so tödlich wirkt, daß 3 Tropfen davon auf die Haut eines Menschen genügen, um ihn zu töten. Ein Flugzeug, das 3000 kg dieses Giftes mitnehme, würde in einer Ausdehnung von 2 englischen Meilen und einer Breite von mehr als 30 m jedes Lebewesen töten. Der Chef des Generalstabes habe ein Buch geschrieben, in dem er sagt, daß in einem künftigen Kriege die Zahl der Mannschaften kleiner sein werde, um so größer jedoch die Macht der Technik. Hervorgehoben werden muß, daß diese Kampfweise sich gegen die Zivilbevölkerung richtet, um sie zu zwingen, sich den Forderungen des Angreifers zu unterwerfen.

Die Aussichten auf einen neuen Krieg sind fürchterlicher, als alles Dagewesene. Nur eine Macht der Welt hat, wenn sie den Willen hat, auch die Macht, ihn zu verhindern: Die internationale Arbeiterklasse. Möge darum dieser Kongress sich seiner hohen Aufgabe bewußt und gewachsen zeigen.

In der Diskussion weist Brodeckh, Tschekoslowakei, auf die gängliche Verslavung hin, die ein neuer Krieg der Arbeiterklasse bringen müßte. Die Fachorganisationen hätten darum alles aufzubieten, um den Generalstreik, der durch den Sozialpatriotismus in Verruf gekommen sei, als höchste Pflicht des Proletariats im Kampf gegen den Krieg zur allgemeinen Erkenntnis werden zu lassen.

Reina, Italien, weist an Hand eingehender Daten das ungeheure Steigen der Kriegsausgaben in allen Ländern nach.

Thorn, England, teilt mit, daß die englischen Gewerkschaften im November vorigen Jahres beschlossen haben, den IGB aufzufordern, eine Konferenz über die Frage der Abrüstung und des Generalstreiks im Kriegsfall einzuberufen, zu der auch Japan, Rußland und Amerika eingeladen werden. Sollte die Entwaffnung wirklich durchgeführt werden, dann müßten diese 3 Länder an den Beratungen teilnehmen. Er weist auf die neue, bereits angekündigte Militärvorlage im englischen Parlament und der Notwendigkeit der Bekämpfung aller Militärtausgaben durch die Arbeitervertreter in den Parlamenten hin.

Fig, Schweiz, wünscht im Auftrage des Vorstandes des Internationalen Metallarbeiterbundes eine noch konkretere Fassung der Resolution. Außerdem sollen die Landesorganisationen überall die Kontrolle über Waffen- und Kriegsfabrikation durchführen und die Produktion möglichst auf ein Minimum für Zivilgebrauch reduzieren.

Dihmann, Deutschland, bezeichnet den Militarismus als eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klasse, die überall zur Offensiv übergegangen sei. Das Proletariat müsse aus der Defensiv heraus und zur größten Aktivität übergehen. Verfehlt sei, wenn die Arbeiter irgend eines Landes ihre Hoffnung auf die Differenzen innerhalb der kapitalistischen Staaten setzen. Geschlossen haben wir die Arbeiterklasse zu sammeln im Kampf gegen den Krieg. Der Kampf muß ein grundsätzlicher sein. Jetzt hilft kein Lippenbekenntnis mehr, kommt die Kriegsgefahr, so muß der geistige Umstellungsprozess schon getan sein. Im Falle akuter Kriegsgefahr muß in wenig Stunden die ganze Aktivität entfaltet werden. Darum muß die Arbeiterklasse jedes Landes wissen, daß ihr diejenige der andern Länder zur Seite steht. Kommt es zum geschlossenen Handeln, dann werden wir auch die Sozialisten aller Länder auf unsere Seite bekommen. So habe sich bereits die Frankfurter Fünfländerkonferenz die Amsterdamer Beschlüsse des IGB zu eigen gemacht. Und wie die zweite und Wiener Internationale, müsse auch die kommunistische Internationale den Kampf gemeinsam mit aufnehmen.

Williams, England, bittet im Namen der Transportarbeiterinternationale, um Annahme der Resolution und der 2 Manifeste. Man müsse sich der beim letzten Kriegsausbruch gemachten Erfahrungen erinnern und sich darum der Grenzen bewußt sein, wie der Gefahr, daß der Nationalismus wieder überhandnehme. Es müsse dem entgegengetreten werden, daß künftig die russische Bewaffnung noch als Vorwand der Aufrüstung in andern Ländern genommen werde; denn in Genua habe Tschekoslowakei sich gegenüber Neußerungen Barthous ausdrücklich bereiterklärt, die Frage der vollständigen Abrüstung zu diskutieren.

Thomas, England: Die tatsächliche Bedeutung der vom Kongress zu fassenden Entschlüsse liege weniger bei den Delegierten als an dem Willen der Massen, die sie vertreten. Nicht eine allgemeine Generalstreikparole könne den Krieg verhindern, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung eines Landes stark genug sei, ihren Einfluß direkt geltend zu machen.

In einem Schlusswort erklärt sich Jimmen mit den in der Resolution Fig enthaltenen Richtlinien einverstanden, bittet um sofortige Annahme der beiden Manifeste und Ueberweisung der Resolution an eine Kommission.

Die beiden Manifeste werden darauf einstimmig angenommen. Sodann wird die unterbrochene Diskussion über den eventuellen Anschluß des Arbeiterinnenbundes wieder aufgenommen. Nachdem sich Shaw, England, scharf gegen und Marion Phillips, England, dafür ausgesprochen, erklärt das Bureau, seinen Antrag zurückzugeben und es gelangt statt dessen eine Entschließung zur Annahme, die die Notwendigkeit der Organisation der weiblichen Arbeiterkräfte betont, aber die gemeinsame Organisation von Männern und Frauen als die zweckmäßigste Form erklärt. Angesichts der Ungleichheit der Ziele und Zusammenlegung des Arbeiterinnenbundes fordert das Bureau zur Berichterstattung auf dem nächsten Kongress auf.

Schließlich wurde noch die Gruppierung der Länder für die Wahl in den Vorstand beschlossen, wobei Deutschland gleich England, Frankreich und Italien allein sowohl Vertreter wie Stellvertreter zu entsenden hat.

Das alte Bureau wird wiedergewählt und außerdem als Vertreter Deutschlands Leipart.

In den Vorstand werden von deutscher Seite Grafmann und als dessen Stellvertreter Aufhäuser, von Frankreich Dumoulin und als Stellvertreter Merxheim gewählt. Fimmen und Cudegeit werden als Sekretäre bestätigt.

Inzwischen berichtete die zur Ausarbeitung der Resolution über Reaktion und Achtstundentag eingesetzte Kommission. Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution erhaltete Fimmen Bericht von der Kommission zur Frage des Kampfes gegen den Krieg. Auch diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Als Tagungsort des nächsten Kongresses wird Wien bestimmt.

Damit ist die Tagung an den Abschluß ihrer Arbeiten gelangt. Der Vorsitzende dankt den italienischen Genossen im Namen des Kongresses herzlich für die gute Organisation des Kongresses und die kameradschaftliche Aufnahme aller Delegierten. Unter dem Gesang der Internationale trennten sich die Delegierten, die Arbeit im Lande aufzunehmen.

Im Kampfe gegen die Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit.

Das Großkapital in den Bäckereien und Konditoreien drängt zur Entscheidung. Die um das gesetzliche Nacht- und Sonntagsverbot gesponnenen Netze verdichten sich immer mehr. Ein Lügengewebe, das durch die gewerkschaftliche Nachtzerstörung werden muß. Im Auslande operiert das Unternehmertum mit der Lüge bei den Behörden und Regierungen, daß in Deutschland durch Verordnung der Reichsregierung der Drei-Schichtbetrieb, also die kontinuierliche Arbeitszeit, freigegeben sei. Von unsern Wiener Kollegen wurde dieser Lüge bei der Redaktion angefragt, ob diese Darstellung auf Tatsachen beruhe. Wir erklärten, daß das Gerücht eine freche Lüge sei, wahrscheinlich zu dem Zweck in die Welt gesetzt, um unsere österreichischen Kollegen leichter in das Joch der Nachtarbeit zwingen zu können. Wir haben gebeten, uns die Quelle zu nennen, aus der solche grobe Verleumdungen sprudeln. Wir haben Hoffnungen, daß es uns gelingen wird, die Verleumder an den Pranger stellen zu können.

Nichts anderes als nackte Profitinteressen sind die Triebfeder zur Wiedereinführung der Nachtarbeit. So wird die alte, schon tausendmal widerlegte Lüge aufgegriffen, daß das Bäckergewerbe, vornehmlich der Bäckereigrößbetrieb, bei den gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zugrunde gehen muß. Wenn das der Fall ist, und die Großbetriebe ihre Existenz nur auf Kosten einer kulturwidrigen Nachtarbeit erhalten können, dann meinen wir dieser Entwicklung keine Träne nach. Wir sind allerdings anderer Meinung und haben das feste Vertrauen, daß eine umsichtige Leitung der Großbetriebe infolge der vollkommenen technischen Betriebsrichtung zu jeder Zeit die Konkurrenz mit den handwerksmäßigen Zwergebetrieben aufnehmen kann. Die Geschäftsabläufe der Großbetriebe beweisen das. Sehen wir uns doch den Aufwand für private Zwecke eines Profifabrikanten an. Solche Ausgaben konnten in der Vorkriegszeit unmöglich geleistet werden. Wenn demgegenüber die Abchlüsse in einigen gemischten Betrieben — den Genossenschaften — für die Öffentlichkeit so dargestellt werden, als sei das Nachtverbot alles Uebel der Unrentabilität, so wissen wir, daß nach dem Grundgesetz verfahren wird: Der Zweck heiligt die Mittel.

Wie jetzt konnten der großen prinzipiellen Seite des kulturellen Fortschrittes der Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien keine durchschlagenden Gegengründe gegenübergestellt werden. Auch in der Zukunft wird das nicht möglich sein. Wohl wurden Versuche nach der Richtung unternommen und die Notwendigkeit der Nachtarbeit in den Bäckereien in volkswirtschaftlicher Hinsicht mit der bei der Post, Eisenbahn, bei den Hochöfenanlagen, Bergwerken usw. verglichen. Damit hatten aber die Anhänger der Nachtarbeit kein Glück. Sie wurden ausgelacht, und spielend konnten diese Argumentationen widerlegt werden. In neuester Zeit wird versucht, die Sache so darzustellen, als erfolge die Wiedereinführung der Nachtarbeit ausschließlich im Interesse des persönlichen Wohles für die arbeitende Bevölkerung. Die Unternehmer behaupten mit jeuchlichem Augenblick auf das tiefste, daß die armen Proleten zu ihren schweren körperlichen Arbeiten in die Fabriken wandern müssen, ohne in den Genuss von frischen Brötchen zu kommen. Und nur im Interesse der Arbeiter wurden die Behörden flehentlich gebeten, die Unternehmerwünsche zu erfüllen und den früheren Beginn der Arbeit freizugeben. Diese Gründe waren so durchsichtig für die Profitinteressen, daß sie selbst den Vertretern der Behörden lächerlich erschienen. Ausgerechnet der Arbeiter, der in den allermeisten Fällen noch lange nicht ein Lohnminimum zur Sicherung des Existenzminimums aufweisen kann, soll der Käufer der teuersten marktfreien Waren sein. Ihr Herren Bäckereimeister und Profifabrikanten, seht Euch doch die Ernährungsweise der Proletarierfamilien in den Großstädten und Industriebezirken an, ob dort marktfreie Backwaren konsumiert werden. Auch mit dieser Begründung hatten die Gegner der Tagarbeit kein Glück.

In neuester Zeit beliebt man, andere Pläne und Gründe aus dem reaktionären Schubfach herauszuholen. Nämlich: Es werden in den Eingaben unkontrollierbare Behauptungen aufgestellt, so in Bayern und Süddeutschland, daß in Norddeutschland allgemein vor 6 Uhr morgens die Arbeit beginnt. Die Konditoren gehen immer noch mit dem Urteil des Hamburger Oberlandesgerichts bei ihren örtlichen Behörden hantieren, um die Arbeiten an Sonntagen frei zu bekommen, und unterrichten dabei geflissentlich die neueste Entscheidung des Reichsarbeitsministers. Wenn aber die Behauptungen aus dem Heimatlande nicht recht ziehen wollen, dann gehen die Petenten über die Reichsgrenzen hinaus und beweisen schlankwegs, daß in diesem oder jenem Lande das nach dem Kriege erlassene Verbot der Nachtarbeit wieder außer Kraft gesetzt wurde.

Wir haben bisher — und werden das auch in Zukunft tun — über alle diesbezüglichen Vorgänge vom In- und Auslande berichtet. Unsere Kollegen sind somit auf dem laufenden über die einzeln sich abspielenden Phasen im Kampfe gegen die reaktionären Pläne der Unternehmer. Wir möchten dringend bitten, dieses umfangreiche Material stets bei der Hand zu haben, wenn in den Sachausschüssen und sonstigen behördlichen Stellen über die Unternehmerwünsche debattiert werden sollte.

Eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen ist bisher nirgends eingetreten. Dort, wo die Behörde unter Protest unserer Kollegen den Unternehmerwünschen auf Beginn der Arbeit um 5 Uhr entsprochen hat, wird alles darangesetzt, um wieder den 6-Uhr-Beginn zu erreichen, weil sich herausstellte, daß auch dann die Bäckereimeister nicht daran denken, korrekt den Beginn der Arbeit um 5 Uhr einzuhalten. Es ist dort eingetreten, weil eine bedeutende Erleichterung der Kontrolle zu verzeichnen war, daß sogar einige Stunden

früher angefangen wurde. Diese Tatsache sollte gerade die Großbetriebe von ihren Ideen abbringen, weil ihnen dann erst recht nicht die Konkurrenzfähigkeit gesichert wird. Im Gegenteil, für den Kleinmeister bietet sich um so leichter die Gelegenheit, die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit zu übertreten.

Den Profitinteressen der Unternehmer haben wir die hohen kulturellen Gründe der Beseitigung der Nachtarbeit entgegenzustellen. Durch den fluchwürdigen Zustand der Nachtarbeit war das Bäckergewerbe bei allen fortschrittlichen Menschen in Verruf geraten. Die „Backstubegeheimnisse“ waren doch die Folge der Nachtarbeit. Es war sicher nicht erbaulich für den Brotkonsumenten, wenn in der Öffentlichkeit sanitäre und hygienische Verstöße den ganzen Hammer der Nachtarbeit in den Bäckereien schilberten. Nun behaupten die Anhänger der Nachtarbeit, volkswirtschaftliche Gründe seien maßgebend dafür, daß die Nachtarbeit wieder eingeführt werden soll. Sollen das etwa volkswirtschaftliche Gründe sein, weil der Großbetrieb durch die Freigabe der kontinuierlichen Betriebsweise Erweiterungsbauten der Bäckereianlagen nicht nötig habe? Oder etwa, daß dann die Schlemmer und Schieber ein noch angenehmeres Dasein haben, wenn ihnen morgens frische Brötchen zum Kaffeetisch serviert werden können.

Volkswirtschaftlich ist die Nachtarbeit in den Bäckereien nicht notwendig. Sie liegt nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern einer kleinen unproduktiven Schicht und des nackten Profiters der Unternehmer. Darum jutrauben wir uns, diese unmenschliche Arbeitsweise wieder zuzulassen, und wir setzen alles daran, daß die Gesundheit einer Berufsgruppe nicht freventlich auf das Spiel gesetzt wird.

Erster pfälzischer Bäcker- und Konditorgehilfsentag in Neustadt a. d. Haardt.

Am 30. April fanden sich aus allen bedeutenden Orten der Pfalz unsere Berufscollegen zu einer Konferenz ein, auf der zu allen derzeitigen Berufs- und sonstigen Fragen Stellung genommen wurde. Neben den Zahlstellen des Verbandes waren auch die Vertreter der örtlichen Schilfenvereine erschienen und nahmen an den Beratungen regen Anteil. Der Verlauf der Konferenz muß als ein äußerst guter bezeichnet werden; die Beratungen waren vom besten Geiste beseelt, was auch in den einstimmig gefaßten Entschlüsse zum Ausdruck kam. Den Haupttagsordnungspunkt bildete, wie dies auch vorauszu sehen war, das Nacht- und Sonntagsverbot. Man konnte aus den Ausführungen der einzelnen Redner merken, wie sehr unsern Kollegen die Erhaltung dieser Kulturzerstörung am Herzen liegt. Aus fast allen Orten wurde Klage über vielfache Ueber-tretung und mangelhafte Kontrolle der Betriebe geführt. Die bisher verhängten Strafen gleichen vielmehr einer Prämie als einem Abschreckungsmittel.

Ganz besonders trübselig scheinen die Verhältnisse in der Westpfalz, insbesondere in Pirmasens zu liegen, wo mangels einer Gehilfenorganisation die Kontrolle verfehlt und jeder mit der Arbeit beginnt, wie es ihm beliebt. Die Innungsleitungen, die immer beteuern, auch Anhänger des Nacht- und Sonntagsverbotens zu sein, haben bisher gar nichts gegen diese Ausschüß getan; sie sehen diesem Treiben un-tätig mit zu. In einer einstimmig gefaßten Entschlußnahme lehnte die Konferenz die von dem Zweigverband Pfalz des Germaniabandes beantragte Vorberlegung des Arbeitsbeginns auf 5 Uhr morgens ab und verlangt, daß die Behörden den Ueber-tretungen der Arbeitszeitbestimmungen in unserm Gewerbe mehr Aufmerksamkeit entgegenbringt als jeither.

In einer weiteren Entschlußnahme wurde gegen die über-mäßige Lehrlingshaltung protestiert und ebenfalls von der Behörde gefordert, daß auch in Bayern ein Eingriff erfolgt, falls die Handwerkskammern sich der Sache nicht mehr annehmen.

Der Verlauf der Konferenz hat allen Teilnehmern zum Bewußtsein gebracht, wie notwendig heute der gewerkschaftliche Zusammenschluß unserer Berufscollegen ist, wenn wir nicht wieder in das alte Joch der Sklaverei zurückkehren wollen. Alle Teilnehmer gelobten, für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes sich zu betätigen.

Konditoren

Schleichwege zur Beseitigung der Lehrlingsverordnungen.

Die Verordnungen über die Einschränkung der Lehrlingshaltung haben ja dem Ueberangebot von gelehrten Arbeitskräften im Bäder- und Konditorgewerbe nach keinen nennenswerten Abbruch gebracht, aber kaum hat sich seit einiger Zeit der allgemeine Arbeitsmarkt etwas gehoben, so daß hierbei auch vom Bäckergewerbe ein Teil der Arbeitslosen ausgespart wurde, da jahren insbesondere die Konditormeister Feuer und Rauch, infolge mangels gelehrter Kräfte müßte das ganze süße Handwerk zugrunde gehen. Die Aufhebung der Verordnungen auf der ganzen Linie sei unerlässlich. Schon ist es gelungen, in einigen Freistaaten die von den Verhältnissen einseitig unterrichteten Regierungsstellen so weit zu bringen, daß sie ihre Verordnungen wieder aufhoben oder bedeutend einschränkten, und nun bohrt man beim preussischen Handelsministerium herum, auch im größten Gliedstaate die Lehrlingseinstellung wieder ungehemmt vor sich gehen zu lassen. Es haben bereits Anfang April im Ministerium unter Einziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern Besprechungen in dieser Sache stattgefunden; es gelang zunächst noch nicht, die preussische Verordnung zu Fall zu bringen oder ihre Abänderung zu erreichen, aber Besprechungen für die Zukunft haben die Meister doch eingeheimet. Für die Organisation heißt es also, noch viel mehr als bisher in dieser Frage auf dem Poeten zu sein.

Die Wege, die von den Konditormeistern, die sich immer als so offene, aufrichtige Kämpfer aufspielen, zur Erreichung ihres Zieles eingeschlagen werden, sind dabei durchaus nicht gerade — sie sind krumm. Und es gibt auch in Regierungsstellen Personen, die diese Wege mitwandeln. Eine sehr bekannte Berliner Innungsgröße der süßen Kunst hat sich in dieser Weise recht betrieblich gezeigt. Uns ist hierfür Beweis ein vorhandenes Schriftstück, das bereits vom 20. März datiert ist und mit obiger Aussprache recht sehr in Verbindung steht. Wir wollen die Namen der Beteiligten heute noch weglassen, sie stehen aber Interessenten, zu denen ja wohl auch das preussische Handelsministerium gehört, zur Verfügung. Das Schreiben, das an den Syndikus des Bundes der Konditoren, Dresden, gerichtet ist, lautet:

Sehr geehrter Herr Doktor!
Seit einiger Zeit stehe ich in Verbindung mit einem Oberregierungs- und Gewerbeamt Dr. . . . , der sich für die Aufhebung der Lehrlingsordnung interessieren will. Ich habe dem Herrn das mir verfügbare Material bereits an die Hand gegeben, und nun empfang ich die vertrauliche Mitteilung, daß Anfang April im Ministerium für Handel und Gewerbe eine Besprechung unter Zuziehung der maßgebenden Körperschaften stattfindet, die über die Aufhebung der Verordnung beraten und beschließen wird. Der Herr Geheimrat verlangte dazu von mir weiteres Material. Da ich ihm solches von hier aus nicht geben kann, bitte ich Sie, ihm dasselbe durch den Bund zukommen zu lassen, und zwar durch meine Vermittlung. Vielleicht läßt es sich auch ermöglichen, daß der Bund mit irgendeinem Vertreter an der Besprechung teilnimmt. Ich bitte aber, bei eventuellen diesbezüglichen Anträgen die Person des Herrn Dr. . . . aus dem Spiele zu lassen, da mir die Mitteilungen über die Besprechungen nur privatim zugegangen sind.
Hochachtungsvoll (Unterschrift).

So unterirdisch arbeitet also auch in der Lehrlingsfrage das Ministerium mit gewissen Herren in der Regierung Hand in Hand. Um so mehr haben wir alle Ursache, unsere Organisation so auszubauen, daß wir aus eigener Kraft eine vernunftgemäße Regelung der Lehrlingsordnung erzwingen und uns dauernd erhalten können!

Aus den Sektionen.

Die Kölner Scharmacher. Die Gehilfen haben an die freie Konditoreninnung Forderungen gestellt, um ihre schlechten Löhne der Zeit anzupassen. Die Innung antwortete aber mit der Kündigung des Tarifes und erließ an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben, das mehr als viele Worte den Geist der Innung beleuchtet:

„Sehr geehrter Herr Kollege!
Die Lohnkommission der Innung lehnt es ab, weiterhin mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren zu verhandeln, da sie sich nicht mehr als Lohnbewegungsmaschine benützen lassen will. Grund zu diesem genau dem Innungsgeheiß entsprechenden Verhalten ist das geradezu unverfälschte Verhalten des Zentralverbandes, der am gleichen Abend, an dem er den eben abgeschlossenen Vertrag annahm, ihn kündigte und neue, alles Maß übersteigende Forderungen einreichte. Weiterhin erwartet die Innung von jedem Mitglied, daß sie auch ihrerseits die überspannten Ansprüche in die rechte Bahn weisen werden.“

Das Rundschreiben wollen wir für sich sprechen lassen, bemerken dazu nur, daß die Löhne der Konditoren weit unter den Löhnen anderer Berufe in Köln stehen. Und die „unverschämte Forderung“ der Gehilfen lautet: Erhöhung der Löhne entsprechend der Indeziffer.

Unterschiedet ist das schöne Dokument von Robert, Gehweglerweg 72; Fuchs, Berlich 10; Zimmermann, Herzogstraße 11.

Schiedspruch in Erfurt. In einer Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß zu Erfurt am 13. April wurde folgender Schiedspruch beschlossen: Die Löhne für Konditoren betragen im ersten Gehilfenjahr 425 M., für Gehilfen bis zu 21 Jahren 475 M., über 21 Jahre 550 M., in leitender Stellung 625 M. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 % zu gewähren. Die Parteien erhielten eine Erklärungsfrist bis 20. April 1922.

Am 2. Mai wurde vom Hamburger Schlichtungsausschuß für das Konditorgewerbe folgender Schiedspruch gefällt: Der Wochenlohn beträgt: bis zu 2 Jahren nach der Lehre 700 M., bis zu 24 Jahren 875 M., über 24 Jahre 1000 M. Die Löhne gelten vom 1. Mai an.

Durch das Tarifamt zu Köln a. Rh. wurden die Löhne wie folgt festgesetzt: Gehilfen bis zu 19 Jahren 650 M., bis 21 Jahre 720 M., bis 24 Jahre 820 M., über 24 Jahre 930 M.; verheiratete Gehilfen über 24 Jahre 1020 M.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Unterstützung für die ausgesperrten Metallarbeiter Süddeutschlands.

Die 17. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß:

In der Metallindustrie Süddeutschlands ist seit 10 Wochen ein Kampf entbrannt, der die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands angeht. Es handelt sich um die Abwehr einer von der Unternehmerorganisation geforderten Verlängerung der tariflichen sechsundvierzigstündigen Arbeitswoche. Unter dem Vorwand, eine Arbeitswoche von 48 Stunden zur vollen Auswirkung zu bringen, soll die Arbeitszeit über das seitliche Maß, das schon lange einen kürzeren Arbeitstag an Sonnabenden anerkannte, ausgedehnt werden. Die Arbeiterschaft erblickt in der Forderung der Unternehmer, die bisher tariflich festgelegte Ar-

beitszeit zu verlängern, einen Angriff gegen den Achtstundentag. Sie hat den Kampf gegen dieses Verlangen entschlossen aufgenommen und bisher mit Zähigkeit und Übermut durchgeföhrt.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 2. Mai zu diesem Zwecke Stellung genommen. Er erkennt die große Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte Arbeiterschaft und spricht den im Kampf stehenden Arbeitern seine besten Sympathien aus. In der Erwartung, daß die Kämpfenden in ihrem Widerstand nicht erlahmen, beschließt der Bundesausschuss, die Gewerkschaftsvorstände aufzufordern, ungeachtet aller erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Kampf in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen und die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Als erste dieser Maßnahmen beschließt der Bundesausschuss, daß die von der letzten Ausschussung für die Dänkehilfe festgesetzten Beiträge von 5 M für jedes männliche und 3 M für jedes weibliche Mitglied, soweit das nicht schon geleistet ist, nunmehr zu erheben und an die Bundeskasse abzuführen sind, und diese Mittel für den süddeutschen Kampf zu verwenden.

Gemäß diesem Beschluß sind an die Verbandsgaststellen Sondermarken zu 5 und 3 M versandt worden. Jedes Mitglied hat im Monat Mai eine solche Marke zu leihen. Für die männlichen Mitglieder kommen die Marken zu 5 M und für die weiblichen die zu 3 M in Betracht. Die Marken sind im Verbandsbuch (Karte) unter der Rubrik „Ergänzungsbeiträge“ zu leihen.

Die für diesen Zweck bereitgestellten Gelder sind voll mit der Reichsregierung an die Hauptkasse abzuführen. Die Rückzahlung dieser Beiträge hat gemäß § 16 des Statuts den Ausschluß aus dem Verbandszuge zur Folge. Vertrat und Ausschuss haben dem Beschlusse des Vorstandes zugestimmt.

Die Statistikarte für den Monat April haben wiederum nachstehende Gaststellen nicht eingeleitet: Adorf, Aulda, Beuthen, Bielefeld, Bochum, Bracke, Coburg, Feinmold, Duisburg, Effen, Flensburg, Forst, Gletwick, Glogau, Greifswald, Guben, Halberstadt, Ingolstadt, Kattowitz, Landsberg a. d. H., Leisnig-Röbelen, Siegnitz, Simeburg, Oberhavel, Orlow, Pöcklinghausen, Saarlautern, Solingen, Sorau, Stargard, Steier, Teterow, Trier, Weiswasser.

Selbstbeitrag. Auf Antrag wurde der Zahlstelle Vera genehmigt, vom 23. Mai an auf alle Beiträge über 3 M. 1 M. Selbstbeitrag zu erheben.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Berlin wird das Mitglied Emil Gottschalk (Buch-Nr. 33 064) nach § 9 aus der Organisation ausgeschlossen.
Der Verbandsverband.

Quittung.

Vom 20. April bis 18. Mai gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für März: Kaiserlautern 1193,50 M., Danne 545,40, Schöner 252,90.

Für Februar und März: Kattowitz 2158,80 M.,

Für April: Kolberg 563 M., Nischau 485,50,

Waldenburg 338,50, Glogau 337, Grabow i. M. 488,60, Danne a. H. 1299,20, Wernitz 916,20, Mülchen 106,40, Teterow 1541,40, Orlow 2052,30, Sorau 274,80, Zwickau 173,40, Falkenberg 582,70, Wismar 493,60, Chemnitz 15 144,90, Landeshut 14 479,10, Gienach 1163,50, Königsberg i. Pr. 432,70, Mühlhausen i. Th. 424,40, Finneberg 462,70, Harburg 270,40, Wittenberg 13 282,60, Hameln 443,20, Bornberg 1456,20, Gröden 5315, Leipzig 2295,60, Göttingen 487,20, Göttingen 357,60, Schneidemühl 791,40, Straßburg 543,60, Halle 2 572,90, Hildesheim 1034,20, Wignhausen 552, Gammigheim 1448,50, Gera 3537,60, Heilsbrunn 482,40, Mühlheim 1476,70, Mülchen 42 282,50, Dörmelünde 1644, Kattow 577,50, Frankenburg 1522, Gabel 15 234,20, Döbeln 1784,40, Döbeln 18 535, Jena 412, Gomburg a. d. S. 15 207,90, Köben 1782,50, Segeck 892,20, Juch 15 21,70, Raden 3334,20.

Für April und März: Kattowitz 2158,80 M.,
Für April: Kolberg 563 M., Nischau 485,50,
Waldenburg 338,50, Glogau 337, Grabow i. M. 488,60, Danne a. H. 1299,20, Wernitz 916,20, Mülchen 106,40, Teterow 1541,40, Orlow 2052,30, Sorau 274,80, Zwickau 173,40, Falkenberg 582,70, Wismar 493,60, Chemnitz 15 144,90, Landeshut 14 479,10, Gienach 1163,50, Königsberg i. Pr. 432,70, Mühlhausen i. Th. 424,40, Finneberg 462,70, Harburg 270,40, Wittenberg 13 282,60, Hameln 443,20, Bornberg 1456,20, Gröden 5315, Leipzig 2295,60, Göttingen 487,20, Göttingen 357,60, Schneidemühl 791,40, Straßburg 543,60, Halle 2 572,90, Hildesheim 1034,20, Wignhausen 552, Gammigheim 1448,50, Gera 3537,60, Heilsbrunn 482,40, Mühlheim 1476,70, Mülchen 42 282,50, Dörmelünde 1644, Kattow 577,50, Frankenburg 1522, Gabel 15 234,20, Döbeln 1784,40, Döbeln 18 535, Jena 412, Gomburg a. d. S. 15 207,90, Köben 1782,50, Segeck 892,20, Juch 15 21,70, Raden 3334,20.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

gierten ein Mandat auszustellen, das nebst dem Mitgliedsbuch als Ausweis zur Teilnahme dient. Anträge von Zahlstellen oder Mitgliedern müssen spätestens bis 8. Juni an den Bezirksleiter eingereicht werden.

Alfred Heil, Bezirksleiter,
Chemnitz, Zwickauer Straße 152, Verbandsbureau.

An alle Zahlstellenvorstände. Der Lehrlingschutzkommission Leipzig fehlen von der Zeitschrift „Der Lehrling“, Jahrgang 1919, die Nummern Juni, Juli, November und Dezember. Wir ersuchen die Zahlstellen, uns mit diesen Nummern, wenn sie noch vorhanden sind, zu dienen. Auslagen werden gern vergütet.
Die Kommission. J. A.: Karl Drefe.

Sterbetafel.

Bielefeld. Karl Steffen, Bäcker, 49 Jahre alt, gestorben am 31. März.
Karl Kornfeld, 52 Jahre alt, gestorben am 6. Mai.
Eure Ihrem Andenken!

Aus gegnerischen Organisationen.

Wie die Gelben die Öffentlichkeit belügen. In Nr. 19 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ lesen wir folgende Notiz:

„Der Nationalverband deutscher Berufsverbände ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung:
Nachdem die Mehrheit der Bäcker- und der Fleischergehilfen sich von den Gewerkschaften abgesondert und sich zu den 2 nationalen Handwerksgehilfen-Berufsverbänden zusammengeschlossen hat, hat der Gewerkschaftsverband auch unter den Konditorgehilfen eine entscheidende Niederlage erlitten. Auf dem vor einigen Tagen in Dortmund stattgefundenen Verbandstag des Deutschen Konditoren-Gehilfenverbandes (Eich-Ragdeburg) wurde der Kampf zwischen der gewerkschaftlichen und der berufsständischen Richtung zum endgültigen Ausbruch gebracht. Der bekannte Vorkämpfer für den berufsständischen Gehilfen wirtschafts-friedlicher und nationaler Berufsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Reichstagsabgeordneter Geisler, erzielte einen vollen Erfolg gegenüber den Gewerkschaftssekretären. Mit allen Stimmen bei einer einzigen Stimmabstimmung wurde von den Delegierten eine Entschließung angenommen, die den Anschluß an eine Gewerkschaftsorganisation ablehnt, und nur den Anschluß an den Nationalverband Deutscher Berufsverbände als die Grundlage für eine Erhaltung des Handwerks und für eine geordnete Zukunft der Handwerksgehilfen bezeichnet. Die „freien“ Gewerkschaften erstreben die Sozialisierung der „christlichen“ Gewerkschaften laut ihren programmatischen, auch von der Reichstagsströmung gebilligten und von Stegerwald bekräftigten Erklärungen die „Gemeinwirtschaft“, also das gleiche. Beide Gewerkschaftsrichtungen sind außerdem international verbunden, während der Nationalverband Deutscher Berufsverbände diese und die anti-privatwirtschaftlichen Bestrebungen beider Gewerkschaftsrichtungen ablehnt. Als dringend notwendig wurde es aber bezeichnet, daß die politisch und sozial einseitigen Handwerksmeister in ihren Reihen mehr als bisher Erziehungsarbeit leisten, damit endlich Berufsgemeinschaft der Meister und Gesellen allerorts auf beiderseitig gutem Willen beruhen kann.“

Der Nationalverband Deutscher Berufsverbände wagt also nach die Bekämpfung aufzustellen, nachdem wir in der Lage waren, eingehend über die Dortmund-Tagung der Ragdeburger Konditoren zu berichten. Daß der Gewerkschaftsverband auch unter den Konditorgehilfen eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Er heißt weiter die Ehre, zu erklären, daß sich die Mehrheit der Bäckergehilfen von den Gewerkschaften abgesondert hat. Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, die über die Schritte unserer Organisation und die der Gelben keine, würde aber länger handeln, falls angelegten Schwindel in ihren Spalten nicht zu veröffentlichen.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hielt zu Ostern in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Vertreten waren 18 Delegierte. In der einstündigen Versammlung beschloß man sich recht einig mit unserer Organisation. Glücklich die Göttinger Wälsch, damit ihren Mitgliedern die eigene Organisation zu verbessern, wenn die Bekämpfung aufgestellt wird: Das beschloß man nach möglicher Anordnung der Lohnverhältnisse an die Generalkassen wurde in jener Sitzung noch gekannt durch das unverständliche Verhalten des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren.

unter dem nachteiligen Einflusse der Salutabifferenzen. Die Rußland-Delegation erstattete Bericht. Der „Centrosjous“ erhielt beratende Stimme im Leitenden Ausschusse. Die Sammlung für Rußland und Georgien soll fortgesetzt werden. Die Konferenz in Genoa wurde eine längere Entschleunigung gefast, in der Hinzuziehung der Genossenschaften verlangt und bezüglich des Wiederantrages bestimmte Vorschläge gemacht werden. Die Propaganda, insbesondere soweit die Mitwirkung der Frauen in Betracht kommt, soll gefördert werden. Der internationale Güterkauf wurde in einer Sitzung der Großkaufgesellschaften besprochen. Errichtung einer Axi Exportabteilung in jedem Lande wurde als wünschenswert bezeichnet. Die Errichtung einer internationalen Großkaufgesellschaft wird von einem Ausschusse geprüft.

Literarisches.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volkerverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfaffenstr. 5. 266 Seiten. Taschenformat. Gebunden 15 M.

„Die sozialistische Gemeinde.“ Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin O. 2. „Die Sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1,50 M., vierteljährlich 9 M. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi. Preis broschiert 19,50 M., gebunden 28 M. Verlag: Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau.

**Spätestens am 20. Mai
ist der 21. Wochenbeitrag für 1922
(21. bis 27. Mai) fällig.**

Versammlungs-Anzeiger

Sonntag, 21. Mai:
Gelsenkirchen. Vorm. 10 Uhr bei Jürgen, Alter Markt.
Düsseldorf. Vorm. 10 Uhr bei Wilhelm Ellert, Brückenstraße.
Ingolstadt. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gieselerstr. 6.
Oberhausen i. Rhld. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zum Fürsten“, Bismarckstr. 10.
Osnabrück. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 22. Mai:
Frankfurt a. M. (Konditoren.) 8 Uhr, Poststraße 7.
Hof i. B. (Konditoren.) 8 Uhr im „Schützen Hof“.
Leipzig. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Regierheim“, Nordstr. 2.
Münch. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Frankfurter Hof“, Augustenstraße.

Mittwoch, 23. Mai:
Bonn a. Rh. (Konditoren.) 7 Uhr im Rest. „Deft Dumme“, Rheingasse.
Dortmund. (Konditoren.) 8 Uhr im Rest. „Stadthaus“, Weststr. 26.
Hamburg-Altona. (Konditoren.) 7 Uhr bei Müller, Kahlböden 27.
Hannover. (Konditoren.) 8 Uhr im Hotel „Zur Post“, Rosenstraße.
Leipzig. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Seher Straße 22.

Donnerstag, 24. Mai:
Dresden. (Konditoren.) 8 Uhr im „Oberbräu“, Bahngasse 1. St.
Görlitz. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Erholung“, Götzeplatz.
Görlitz. (Konditoren.) 8 Uhr im Gasthof „Menzelstr.“, Nordstr. 68.
Halle a. d. S. (Konditoren.) 8 Uhr im Rest. „Mitolau“, Mitolaustraße.
Köln a. Rh. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Juppelt“, Streifenstraße.

Freitag, 25. Mai:
Düsseldorf. (Konditoren.) 8 Uhr im „Severländischen Hof“, Mühlring.
Graz. (Konditoren.) 8 Uhr im „Severländischen Hof“, Mühlring.
Saarbrücken. Bei Frohn, Katterstr. 46.
Sonneberg i. Th. 8 Uhr im Volkshaus.
Stettin. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Zur Schillerhöhe“, Schillerstr. 16.
Stuttgart. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Eiche“, Sophienstr. 10.
Stuttgart. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Göttinger Straße 10.
Werdau a. d. S. 8 Uhr im Volkshaus „Schwarzer Adler“, Fischerstr. 28.
Worms. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Friedrichstraße.

Freitag, 26. Mai:
Münch. i. B. (Bäcker/Beruf.) 8 Uhr im Restaurant „Weiß“.

Sonntag, 27. Mai:
Barmen. 8 1/2 Uhr bei Holtmann, Södenstr. 1.
Bochum. 8 Uhr bei Zipp, Mühlentstraße (hintern Rathaus).
Münchingen. 8 Uhr im Restaurant „Zum grünen Baum“.
Spremburg. 7 Uhr bei Stangier, Dresdener Straße.
Werra i. M. im Gewerkschaftshaus, Lange Straße.

Sonntag, 28. Mai:
Potsdam. 7 1/2 Uhr im „Schwarzen Hof“, Theaterstraße.
Potsdam. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Vetter“, Lange Straße.
Wanne. Vorm. 10 Uhr, „Zur guten Cueller“, Röntgenstraße.

Anzeigen

Krankenkasse der Bäckerinnung, Altona.
Ausschuss-Sitzung
am Dienstag, 23. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Junngshaus, Hohestraße 14. Tagesordnung: 1. Protokollbericht. 2. Jahres- und Kassenbericht. 3. Bericht der Kassensprüfer. Entlastung des Vorstandes sowie des Rechnungsführers. 4. Satzungsänderungen: § 11. Heilmittel statt 100 M. 200 M. Familienhilfe: § 23 Absatz B. Heilmittel statt 50 M. 150 M. § 24. Unterstützung bei Krankenhausentlastung: bei Ehefrauen statt 2,50 M. 20 M. täglich; bei Kindern statt 2 M. 12 M. täglich. Sterbegeld: § 25, bei Ehefrauen, statt 80 M., 200 M.; bei Kindern statt 40 M. 100 M. § 29 fällt fort. 5. Berichtswesen.
Der Vorstand.
J. A.: Louis Pfeiffer, Vorsitzender.

Zahlstelle Hartmann.
Zahlen und Berichtswesen: Restaurant „Zum Stadthaus“, Wern. Nr. 22. Telefon: 2512.
Zahlstelle Wochum.
Jeden Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr Ersatzstunden im Verbandslokal Altona, Gde. Mühlent- und Auguststraße. Zwei Minuten vom Rathaus.
Werbt neue Mitglieder!